



- Bau-, Struktur- und Umweltausschuss -
- 18. Wahlperiode -

An die
Mitglieder des Bau-, Struktur- und
Umweltausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 11. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses am 23.11.2023

Anwesend:

Herr Thomas Hoping (Vorsitz)
Herr Robert Blömer
Frau Jana Bröker
Herr Bernard Decker (stellv. Vorsitzender)
Herr Matthias Elberfeld
Herr Jens Frye
Herr Heinz Hanken
Herr Peter Harpenau
Herr Josef Kläne
Frau Christiane Lehmkuhl
Herr Hans-Georg Lück
Herr Martin Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer
Herr Hubert Pille
Herr Heiner Thölke
Herr Matthias Windhaus
Herr Dirk Witte

Vertretung für Herrn Philip Wilming

Vertretung für Herrn Thomas gr. Schlarmann
bis einschl. TOP 14
ab 17:08 Uhr

bis 18:51 Uhr
Vertretung für Herrn Aloys Schulte

Hinzugezogen:

Herr Tobias Gerdemeyer (Landrat)

Entschuldigt:

Herr Thomas gr. Schlarmann
Herr Manfred Schilling
Herr Aloys Schulte
Herr Philip Wilming

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Hinzugezogen:

Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)
Herr Dr. Benedikt Beckermann (Kreisrat)
Herr Winfried Stuntebeck
Frau Petra Ahlers
Herr Matthias Galle
Frau Marie-Theres Küther (Protokollführerin)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über 10. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 21.09.2023
5. Mitteilungen des Landrats
6. Sachstandsmitteilung PV-Anlagen (719/2023)
7. Investitionsliste der Hochbauten mit Priorisierung (720/2023)
8. Energiebericht 2022 (726/2023)
9. Erweiterung der Elisabethschule am Standort Vechta (721/2023)
10. Neubau der Verwaltung und der Aula an den Handelslehranstalten in Lohne (722/2023)
11. Bau eines Wohnmobilstellplatzes und Parkplatzes am Olgahafen, Sachstand Bau des Spielplatzes (723/2023)
12. Sanierung des Gymnasiums Damme und des Hauptschulgebäudes (724/2023)
13. Abschließende Sanierung des Europahauses am GAV mit KIP 2-Mitteln (725/2023)
14. Zukunftsregion4Klima – Einrichtung eines gemeinsamen Zukunftsfonds (714/2023)
15. Antrag der Fraktion Grüne gem. § 56 NKomVG; Ausarbeitung eines Konzeptes für den Handel mit CO2-Zertifikaten aus wiedervernässten Mooren (687/2023/1)
16. Antrag der Gruppe UWG/Linke gem. § 56 NKomVG; Klimaschutzfonds (534/2023/2)
17. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Antrag CO2-Kompensation-Moor (464/2022/3)

- - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Thomas Hoving eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende nimmt Bezug auf die Tagesordnung, die mit der Einladung verschickt worden ist.

Auf Vorschlag von Herrn Landrat Gerdesmeyer werden die Tagesordnungspunkte 15, 16 und 17 aufgrund der ähnlichen Thematik und Zielsetzung gemeinsam beraten.

4. Genehmigung der Niederschrift über 10. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 21.09.2023

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 21.09.2023 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 4 Enthaltungen:

„Die Niederschrift vom 21.09.2023 wird genehmigt.“

5. Mitteilungen des Landrats

Gesetzesentwurf zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen

Herr Landrat Gerdesmeyer teilt mit, dass die Niedersächsische Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land nunmehr beschlossen und dem Landtag zur Beratung zugleitet hat. Mit einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird Anfang 2024 gerechnet.

Des Weiteren erläutert er, dass der Entwurf ein zeitliches Vorziehen der Superprivilegierung nicht mehr vorsehe. Die Flächenziele sollen entsprechend der Bundessystematik für 2027 und 2032 festgelegt werden. Das Land und die regionalen Planungsträger sollen gemeinsam darauf hinwirken, dass eine Ausweisung bis 2026 erfolgt. Die regionalen Teilflächenziele im Gesetzesentwurf entsprechen den seit Juni bekannten Zahlen für die Landkreise. Für den Landkreis Vechta sind das 1,56 % bis

2032, wobei die erste Etappe 2027 mit 1,21 % erreicht werden muss. Die aktuell im Regionalen Raumordnungsprogramm ausgewiesenen Flächen belaufen sich auf etwa 0,49 % der Landkreisfläche, wenn man die für die notwendige „Rotor-Out-Betrachtung“ vorgegebenen Abzüge berücksichtigt.

Herr Landrat Gerdesmeyer berichtet, dass nach der gesetzlichen Regelung zwar die Landkreise die Rolle des Planungsträgers übernehmen. Trotzdem sollen den Kommunen neue Windenergiegebiete nicht landkreisseitig „übergestülpt“ werden. Neue Windenergiegebiete sollen vielmehr gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Hand in Hand abgestimmt und geplant werden. In einem ersten Schritt werden daher die Städte und Gemeinden Windenergiegebiete über Flächennutzungspläne sichern. Der Landkreis verfolgt in diesem Planungsprozess die Einhaltung des Teilflächenziels, indem er die Planungsabsichten der Städte und Gemeinden koordiniert und eine unterstützende Rolle einnimmt.

Parallel dazu wird durch den Landkreis ein entsprechender Teilplan Windenergie zum Regionalen Raumordnungsprogramm von einem Planungsbüro erstellt. Darin werden die kommunalen Windenergiegebiete nachvollziehend übernommen. Mögliche Potenzialflächen werden zurzeit zwischen den Städten und Gemeinden und den zuständigen Stellen beim Landkreis (insbesondere der Unteren Naturschutzbehörde) sowie unter Einbeziehung der Naturschutzverbände betrachtet.

Entsendung der Kreisnaturschutzbeauftragten in den Bau-, Struktur- und Umweltausschuss

Landrat Gerdesmeyer nimmt die Verpflichtung des hinzugewählten Ausschussmitgliedes des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses Frau Christiane Lehmkuhl (Vertreterin der Kreisnaturschutzbeauftragten) vor.

Des Weiteren weist er Frau Lehmkuhl auf die ihr obliegenden Pflichten hin und macht sie mit dem Inhalt des

- § 40 NKomVG (Amtsverschwiegenheit),
- § 41 NKomVG (Mitwirkungsverbot) und
- § 42 NKomVG (Vertretungsverbot)

bekannt.

Der Landrat verpflichtet Frau Lehmkuhl durch Handschlag, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

6. Sachstandsmitteilung PV-Anlagen (719/2023)

Frau Amtsleiterin Ahlers erläutert, dass die kreiseigenen Bestandsgebäude auf die Machbarkeit zur Installation von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) untersucht sowie im Rahmen von Neubauvorhaben PV-Anlagen grundsätzlich installiert werden. Auf den kreiseigenen Liegenschaften würden sich somit bis Ende 2023 PV-Anlagen mit einer Leistung von ca. 453 kWp und bis Ende 2026 mit einer zusätzlichen Leistung von zurzeit geplanten 726 kWp befinden.

Abschließend weist Frau Ahlers daraufhin, dass in Bezug auf die Bestandsgebäude die Statik, das Alter des Daches sowie die voraussichtliche Lebensdauer des entsprechenden Gebäudes einbezogen werde.

Herr Landrat Gerdesmeyer ergänzt, dass die Abfallwirtschaftsgesellschaft Vechta mbH die Installation von PV-Anlagen auf dem alten Deponiegelände plane, sodass

eine Fläche von über fünf Hektar zur Verfügung stünde. Zu klären sei allerdings noch inwieweit solch große Mengen Energie eingespeist werden können.

7. Investitionsliste der Hochbauten mit Priorisierung (720/2023)

Herr Landrat Gerdesmeyer führt in die Thematik der Finanzplanung im Bereich des Gebäudemanagements ein und weist darauf hin, dass sich viele Baumaßnahmen im zweistelligen Millionenbereich befinden.

Er sehe die Mitteilung als Grundlage für eine Diskussion im kommenden Jahr mit dem Ziel eine Priorisierung der anstehenden Maßnahmen vorzunehmen, um u.a. den Schulen dadurch eine gewisse Verlässlichkeit zu geben.

Daraufhin beginnt Frau Amtsleiterin Ahlers die Systematik der Baukostenplanung zu erläutern und stellt anschließend die mittelfristige Finanzplanung vor und gibt einen Überblick der aus heutiger Sicht notwendigen Bauinvestitionen.

Sie geht dabei auf die im Bau befindlichen Maßnahmen wie den Neubau der Sporthalle am Gymnasium Damme, die Kernsanierung und Aufstockung des Hauptgebäudes der Justus-von-Liebig Schule, den Neubau der Einsatzleitstelle und Feuerwehrtechnischen Zentrale sowie den Park- und Wohnmobilstellplatz am Dümmer ein.

Bei den weiter erforderlichen Baumaßnahmen, für die noch keine politischen Beschlüsse vorliegen, handelt es sich zum Teil um grobe Schätzungen. Diese sollen als Merkposten für die mittelfristige Hochbauplanung dienen.

Frau Ahlers weist darauf hin, dass bei diesen Merkposten aufgrund der erheblich gestiegenen Baupreise mit deutlich mehr Kosten zu rechnen sei.

Auf Nachfrage erklärt Herr Landrat Gerdesmeyer, dass Schäden an Gebäuden mit akutem Handlungsbedarf durch Maßnahmen aus der Bauunterhaltung beseitigt werden.

Abschließend weist er darauf hin, dass vom Planungsbeschluss der Politik über die europaweite Ausschreibung der Planungsbüros und dem Baubeschluss der Politik bis zum tatsächlichen Baubeginn mindestens drei Jahre vergehen.

8. Energiebericht 2022 (726/2023)

Frau Küther (Sachgebietsleiterin kaufmännisches und infrastrukturelles Gebäudemanagement) stellt den Energiebericht 2022 vor (vgl. Anlage 1).

Dabei präsentiert sie die Verbrauchszahlen des letzten Jahres im Vergleich zu den Vorjahren und erläutert insbesondere die positiven Auswirkungen auf die Verbrauchszahlen durch energetische Sanierungen der Gebäude sowie Sensibilisierung der Nutzer.

Abschließend geht Frau Küther darauf ein, dass die Verbrauchszahlen in den letzten drei bis vier Jahren durch die Corona-Beschränkungen (teilweise Schließung der Schulen sowie Sport und Schwimmhallen) und die Energiesparmaßnahmen in Folge der drohenden Gasmangellage gekennzeichnet sind.

Frau Amtsleiterin Ahlers erläutert auf Nachfrage des KTA Elberfeld, dass in den kreiseigenen Gebäuden seit ca. acht Jahren die Leuchtmittel nach und nach auf LED umgerüstet werden.

Der Ausschussvorsitzende Hoping regt für die bessere Vergleichbarkeit an in Zukunft die Verbrauchsdaten zur Nettogrundfläche in Bezug zu setzen.

9. Erweiterung der Elisabethschule am Standort Vechta (721/2023)

Frau Amtsleiterin Ahlers stellt anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 2) die Planungen für den Erweiterungsbau der Elisabethschule am Standort Vechta vor. Dabei geht sie auf die Kostenberechnung für den Neubau sowie die Herrichtung der Außenanlagen und Parkplätze ein.

Zudem erläutert sie, dass mit dem beabsichtigten Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG) eine Förderung durch die KfW in Höhe von 900.000,- € möglich sei.

KTA Decker bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage. Der Kreistag habe bereits 2020 die schulische Notwendigkeit beschlossen. Zudem sei eine Unterbringung in Containern nicht länger zumutbar und die Politik sei es der Schülerschaft schuldig eine angenehme Lernatmosphäre zu schaffen.

KTA Windhaus schließt sich seinem Vorredner an und ergänzt, dass die Schule in der Vergangenheit im Bestand saniert worden sei und dabei ein Umbau vom Förderschwerpunkt „Lernen“ zum Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ erfolgt sei. Aufgrund des dadurch geänderten Raumbedarfs und der begrenzten Möglichkeiten seien Abstriche gemacht und Klassenräume teilweise in Containern untergebracht worden.

Das seit fünf Jahren andauernde Provisorium müsse nun durch einen Erweiterungsbau ersetzt werden.

Frau Ahlers erläutert auf Rückfrage des KTA Lück, dass die Bushaltestelle, die von drei Bussen angefahren und von Schülern der Ludgerusschule genutzt wird, an den Dornbusch umgelegt werde. Die Verlegung der Bushaltestelle erfolgte in Absprache mit der Stadt Vechta.

KTA Pille merkt an, dass auf den Landkreis Vechta durch die Bauvorhaben immense Kosten zukommen. Er sehe jedoch auch die Notwendigkeit der Erweiterung sowie keine weiteren Einsparmöglichkeiten bedingt durch die besondere Schülerschaft, die teilweise auch körperlich beeinträchtigt sei. Hierbei müsse auf eine eingeschossige Bauweise sowie besondere Absturzsicherungen in den Außenanlagen zurückgegriffen werden.

Auf die Nachfrage des KTA Frye erklärt Frau Ahlers, dass eine darüberhinausgehende Erweiterung am Standort Vechta nur begrenzt möglich sei. KTA Windhaus ergänzt, dass eine Förderschule mit dem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ anders als eine allgemeinbildende Schule nicht stetig wachsen könne.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, den Erweiterungsbau und die Neugestaltung der Außenanlagen an der Elisabethschule, Standort Vechta zu beschließen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.“

10. Neubau der Verwaltung und der Aula an den Handelslehranstalten in Lohne (722/2023)

Frau Amtsleiterin Ahlers präsentiert die Planungen einschließlich der Kostenberechnungen für den Neubau der Verwaltung und der Aula an den Handelslehranstalten (vgl. Anlage 3).

Sie erläutert, dass die Fördersumme aus dem Programm „Klimafreundlich Bauen“ für dieses Bauvorhaben bei ca. 200.000,- € liegen würde. Die relativ geringe Fördersumme resultiert daraus, dass es sich um einen Anbau handelt und für eine höhere Förderung auch der Altbestand in die Antragstellung einfließen müsste.

Auf den Vorschlag des KTA Witte den Umbau abzukoppeln und somit die Förderung zu erhöhen, erklärt Frau Ahlers, dass dadurch die Funktionalität immens eingeschränkt werde. Zudem würde die Aula auf das Bestandsgebäude des Gebäudeteils „D“ gebaut werden, sodass immer eine Verbindung zum Bestand bestehe.

KTA Pille stellt heraus, dass die Notwendigkeit unstrittig sei und weist darauf hin, dass die Schule weit über den Landkreis hinaus einen sehr guten Ruf genieße.

Es sei erforderlich für die Lehrenden eine angenehme Arbeitsatmosphäre zu schaffen. Dennoch seien die Kosten gewaltig, sodass KTA Pille beantragt die Verwaltung zu beauftragen bis zum Ende des Jahres Möglichkeiten für Einsparungen zu prüfen ohne das Gesamtprojekt zu gefährden. Für die Beschlussfassung solle im Januar 2024 eine Sondersitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses angesetzt werden.

KTA Neubauer spricht sich für eine Zustimmung zum Baubeschluss aus. Die Politik müsse aufgrund der angespannten finanziellen Zukunft grundsätzlich entscheiden an welcher Stelle gespart werden müsse und in welchen Belangen nicht. Er gibt dabei zu bedenken, dass Fördermittel lediglich von einem anderen Geldgeber stammen, es sich dennoch um Steuergelder handle.

Der Ausschussvorsitzende Hopping stellt den weitergehenden Antrag des KTA Pille zur Abstimmung.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 2 Enthaltungen und 3 Nein-Stimmen:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen die Planungen für den Neubau der Verwaltung und der Aula sowie den Umbau der bisherigen Verwaltung und Aula zu Klassenräumen an den Handelslehranstalten auf weiteres Einsparpotential zu überprüfen. Das Ergebnis soll dem Bau-, Struktur- und Umweltausschuss in einer Sondersitzung im Januar 2024 vorgestellt werden.“

11. Bau eines Wohnmobilstellplatzes und Parkplatzes am Olgahafen, Sachstand Bau des Spielplatzes (723/2023)

Frau Amtsleiterin Ahlers stellt die Planungen und Kostenberechnungen für den Parkplatz und Wohnmobilstellplatz sowie den Spielplatz am Olgahafen des Dümmers vor. Sie geht dabei auf die bewilligten Fördergelder und die 50%-Beteiligung der Stadt Damme nach Abzug der Fördergelder ein.

Demnach entfallen auf den Wohnmobilstellplatz und Parkplatz insgesamt 3,2 Mio. €, die aus 200.000,- € Fördermitteln und jeweils 1,5 Mio. € durch die Stadt Damme und den Landkreis Vechta finanziert werden.

Die Kosten für den Spielplatz belaufen sich auf 492.000,- €. Hierbei ist eine Förderung von 200.000,- € möglich, sodass die restlichen Kosten von 292.000,- € zu gleichen Teilen von der Stadt Damme und dem Landkreis Vechta getragen werden.

KTA Neubauer spricht sich gegen die touristische Entwicklung am Dümmer als sensible Region aus.

KTA Decker bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage. Die Region am Dümmer müsse auch für die Zukunft attraktiv bleiben, was unter anderem durch die Schaffung von Parkraum gelingen kann.

Herr Landrat Gerdesmeyer erklärt, dass durch die naturnahe Planung dem Umwelt- und Naturschutz sowie dem Naherholungsgedanken Rechnung getragen werde. Er befürworte dieses Projekt und sehe es als touristisches Aushängeschild, welches richtig und nachhaltig sei, da die Bürger vor Ort Erholung erfahren können.

KTA Elberfeld spricht sich ebenfalls für das Bauprojekt am Olgahafen aus, da es für die Menschen und die Wirtschaft sinnvoll sei.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei einer Nein-Stimme:

„Dem Kreistag wird empfohlen, den Bau des Wohnmobilstellplatzes einschließlich des Sanitärgebäudes sowie des Parkplatzes am Olgahafen zu beschließen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.“

12. Sanierung des Gymnasiums Damme und des Hauptschulgebäudes (724/2023)

Frau Amtsleiterin Ahlers stellt den erheblichen Innensanierungsbedarf des Gymnasiums Damme, welches 1965/1966 errichtet und in den Jahren 1968/1969, 1970 sowie 2002 und 2009 erweitert wurde, sowie den Außen- und Innensanierungsbedarf des aktuellen Hauptschulgebäudes, welches 1974 errichtet und ab 2025 dem Gymnasium Damme in Gänze zur Verfügung steht, vor.

Frau Ahlers erläutert mit Verweis auf entsprechende Fotos die zunehmenden Bauauffälligkeiten in beiden Schulobjekten.

So sind unter anderem die Elektrik sowie die Wasserleitungen veraltet und die Bestimmungen des Brandschutzes in einigen Bereichen nicht mehr erfüllt. Hinzu kommen alte Wasserschäden an den Deckenbekleidungen sowie abgängige Türen und Bodenbeläge.

Zudem ist im Gebäude des jetzigen Gymnasiums eine Erweiterung des Lehrerzimmers notwendig, da dieses bei 122 Lehrkräften lediglich 122 m² misst.

Das Hauptschulgebäude müsste barrierefrei gestaltet und die Außenhülle energetisch saniert werden.

Frau Ahlers nennt für die Innensanierungen der beiden Gebäude eine Kostenschätzung von 10,6 Mio. € (Gymnasium) bzw. 9,1 Mio. € (Hauptschule).

Herr Landrat Gerdesmeyer erklärt auf Nachfrage des KTA Windhaus, dass für das Hauptschulgebäude 3,7 Mio. € an die Stadt Damme gezahlt werde. Der Kauf ging einher mit dem Verkauf der Marienschule Damme inklusive Schwimmbad.

Frau Ahlers ergänzt, dass ein Neubau des Hauptschulgebäudes hochgerechnet

nach dem Baukostenindex ca. 44 Mio. € kosten würde.

KTA Decker spricht sich für die Beschlussvorlage aus und erinnert an die Besichtigung der Räumlichkeiten im Zuge einer Ausschusssitzung.

KTA Neubauer stellt sich ebenfalls hinter die Beschlussempfehlung und sieht einen Erhalt für die Zukunft als notwendig an.

KTA Hanken erklärt, dass auch er dem Planungsauftrag zustimmen werde.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Verwaltung mit den Planungen für die Innensanierung des Gymnasiums Damme und der Außen- und Innensanierung des Hauptschulgebäudes zu beauftragen und dafür die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.“

13. Abschließende Sanierung des Europahauses am GAV mit KIP 2-Mitteln (725/2023)

Frau Amtsleiterin Ahlers stellt anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 4) die Planungen für die Außensanierung des hinteren Gebäudeteils des Europahauses am Gymnasium Antonianum Vechta vor und geht dabei auf die noch zur Verfügung stehenden Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionspaket II ein.

Die Gesamtkosten werden auf 2.024.000,- € geschätzt. Der Eigenanteil des Landkreises Vechta liege hier bei 784.029,- €, da aus dem Kommunalinvestitionspaket II 1.239.971,- € zur Verfügung stehen.

Frau Ahlers weist abschließend darauf hin, dass die Baumaßnahme bis Ende 2025 abgeschlossen und bis Ende 2026 abgerechnet sein müsse, sodass der Rahmenplan sehr eng sei.

KTA Kläne stellt heraus, dass der CDU-Fraktion die Schulen wichtig seien und daher eine abschließende Sanierung des Europahauses notwendig sei.

Wenn Fördermöglichkeiten bestünden, sollten diese auch in Anspruch genommen werden.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die abschließende Sanierung des Europahauses am Gymnasium Antonianum unter Einbeziehung der Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungspaket II zu beschließen und die erforderlichen Haushaltsmittel hierfür bereitzustellen.“

14. Zukunftsregion4Klima – Einrichtung eines gemeinsamen Zukunftsfonds (714/2023)

Herr Kreisrat Dr. Beckermann führt in die Thematik ein und verweist auf die Beschlussvorlage.

Herr Landrat Gerdsmeyer ergänzt, dass der Aufbau der „Zukunftsregion4Klima“ dem LEADER-Projekt ähnele und in der Lenkungsgruppe des Zusammenschlusses über einzelne Förderprojekte entschieden werde.

Der Landkreis strebe an über konkrete Projekte Geld aus dem Zukunftsfonds in den

Landkreis zurückzuholen.

KTA Neubauer begrüßt den partnerschaftlichen Aufbau, sieht jedoch auch die geringen Möglichkeiten aufgrund des überschaubaren finanziellen Rahmens. Grundsätzlich müsse im Bereich des Klimaschutzes mehr getan werden.

Herr Landrat Gerdesmeyer und Herr Kreisrat Dr. Beckermann weisen darauf hin, dass der größte Gewinn der Zukunftsregion4Klima der Austausch und die Vernetzung der Regionen Ammerland, Cloppenburg, Oldenburg und Vechta sei.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird vorgeschlagen zu beschließen:
Der Landkreis Vechta richtet gemeinsam mit den Landkreisen Ammerland, Cloppenburg und Oldenburg einen gemeinsamen Zukunftsfonds zur Kofinanzierung von Projekten der Zukunftsregion4Klima ein. Jeder Landkreis zahlt hierzu in den Jahren 2024 bis 2027 jeweils einen Betrag in Höhe von 217.022,53 € auf ein Verwahrgeldkonto ein, das vom LEAD-Partner (Landkreis Ammerland) verwaltet wird.“

15. Antrag der Fraktion Grüne gem. § 56 NKomVG; Ausarbeitung eines Konzeptes für den Handel mit CO₂-Zertifikaten aus wiedervernässten Mooren (687/2023/1)

Aufgrund der gemeinsamen Beratungen stellt zunächst KTA Hanken, dann KTA Neubauer und abschließend KTA Lück die jeweiligen Anträge zur Möglichkeit der CO₂-Kompensation im Moor vor.

Dabei stellt der Antrag der Bündnis90/Die Grünen Fraktion die Ausarbeitung eines Konzeptes für den Handel mit CO₂-Zertifikaten aus wiedervernässten Mooren in den Vordergrund. Der Antrag der UWG/Die Linke Fraktion befasst sich im Schwerpunkt mit dem Aufbau eines Klimaschutzfonds und der Antrag der SPD Fraktion mit der Prüfung der Möglichkeiten zur Kompensation der Klimagase CO₂ durch konkrete Moor-Renaturierungsprojekte innerhalb des Kreisgebietes.

Herr Kreisrat Dr. Beckermann fasst die Kernaussagen der Anträge zusammen und weist darauf hin, dass ein Zertifikatshandel nach geltendem EU-Recht aktuell nicht realisierbar sei, da kein Zugriff auf den Europäischen Emissionshandel möglich ist. Der Landkreis selbst kann keinen Handel mit „CO₂-Zertifikaten“ aufbauen.

Denkbar sei die Abwicklung über ein Spendenprojekt, bei dem Eigentümer ihre Moorflächen zur Verfügung stellen.

Herr Dr. Galle (Klimaschutzbeauftragter) ergänzt, dass im Moorkataster einige Punkte aus den Anträgen abgebildet werden. Die Ausschreibung zur Erstellung des Moorkatasters befindet sich in Vorbereitung und das Leistungsverzeichnis werde erstellt.

KTA Neubauer erklärt, dass ihm die rechtliche Lage zum CO₂-Zertifikatshandel bekannt sei. Er sehe jedoch einen Wandel in der Politik und bei möglichen rechtlichen Änderungen sollte der Landkreis Vechta vorbereitet sein, um schnellstmöglich eine Ausweitung auf den Zertifikatshandel vornehmen zu können.

Des Weiteren weist KTA Neubauer daraufhin, dass die Moorkartierung getrennt davon betrachtet werden müsse. Es gebe bereits Flächen, die direkt wiedervernässt werden könnten und somit direkt gestartet werden müsste.

Herr Amtsleiter Stuntebeck erörtert auf Nachfrage des KTA Lück, dass eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück im Arbeitskreis Moor bestehe und Veranstaltungen mit allen Beteiligten bereits erfolgt und für die Zukunft in Planung sind.

Herr Landrat Gerdemeyer ergänzt, dass durch die Moorkartierung und die daraus abgeleiteten Maßnahmen erste Schritte aufgezeigt werden. Ziel könne zunächst nur die Generierung von zweckgebundenen Spenden sein.

Er schlägt vor die Verwaltung zu beauftragen Informationen zur Erzeugung von „CO2-Zertifikaten“ bzw. zweckgebundenen Spenden zusammenzutragen. Hierzu soll auch ein Erfahrungsbericht von Einrichtungen/Institutionen erfolgen, die bereits Kenntnisse in dem Bereich der zweckgebundenen Spenden bzw. Zertifikatsgenerierung erlangt haben.

KTA Hanken stimmt den Ausführungen des Landrats Herrn Gerdemeyer grundsätzlich zu.

Die Kreisnaturschutzbeauftragte Frau Lehmkuhl weist darauf hin, dass bei der Wiedervernässung der Moore auch der Arten- und Naturschutz bedacht werden müsse. Durch die Wiedervernässung werden Habitate zerstört und somit Arten verdrängt. Des Weiteren berichtet sie vom Stiftungsprogramm „Moorschutz 3.0“ der Stiftung Naturschutz im Landkreis Diepholz und regt an, ob die S.U.N des Landkreises Vechta ähnlich tätig werden könne.

KTA Windhaus stellt heraus, dass alle Fraktionen der Wille zum Moorschutz eint. Um der Verwaltung nicht weitere Prüfaufträge reinzugeben, müsse der Maßnahmenkatalog inklusive Zeitrahmen aus der Moorkartierung abgewartet werden. Er spricht sich für den Vorschlag des Landrats aus.

Über die Tagesordnungspunkte 15, 16 und 17 wird gemeinschaftlich wie folgt abgestimmt:

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreisausschuss wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen Informationen zur Erzeugung von „CO2-Zertifikaten“ bzw. zweckgebundenen Spenden zusammenzutragen. Hierzu soll auch ein Erfahrungsbericht von Einrichtungen/Institutionen erfolgen, die bereits Kenntnisse in dem Bereich der zweckgebundenen Spenden bzw. Zertifikatsgenerierung erlangt haben.“

16. Antrag der Gruppe UWG/Linke gem. § 56 NKomVG; Klimaschutzfonds (534/2023/2)

Die Beratungen können den Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 15 entnommen werden.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreisausschuss wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen Informationen zur Erzeugung von „CO2-Zertifikaten“ bzw. zweckgebundenen Spenden zusammenzutragen. Hierzu soll auch ein Erfahrungsbericht von Einrichtungen/Institutionen erfolgen, die bereits Kenntnisse in dem Bereich der zweckgebundenen Spenden bzw. Zertifikatsgenerierung erlangt ha-

ben.“

17. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Antrag CO2-Kompensation-Moor (464/2022/3)

Die Beratungen können den Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 15 entnommen werden.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreisausschuss wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen Informationen zur Erzeugung von „CO2-Zertifikaten“ bzw. zweckgebundenen Spenden zusammenzutragen. Hierzu soll auch ein Erfahrungsbericht von Einrichtungen/Institutionen erfolgen, die bereits Kenntnisse in dem Bereich der zweckgebundenen Spenden bzw. Zertifikatsgenerierung erlangt haben.“

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Vechta, 28.11.2023

Gerdesmeyer
Landrat

Küther
Protokollführerin